

nur die in seinen Kaderplänen entsprechend vorgegebenen Aufgaben auszuführen, um mit Privilegien belohnt oder korrumpiert zu werden. Andererseits aber hat ihn eben die Furcht vor Repressalien gehindert, eigenständig zu handeln, und ihn veranlaßt, selbst erkennbar falsche Weisungen ohne Widerspruch hinzunehmen.

Die Folgen erwiesen sich als verheerend. Ich ende mit einem Zitat von Rudolf Bahro aus dem Jahre 1977: „Fügsamkeit nach oben, disziplinarische Durchschlagskraft nach unten und erst an dritter Stelle Kompetenz.“ (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor Weber! Bei Ihnen – das merkte man – war das ganz anders mit der Kompetenz.

Wir bitten den zweiten Referenten, Herrn Fritz Schenk aus Mainz, zum Zeitraum der fünfziger Jahre das Wort zu nehmen!

Fritz Schenk: Herr Vorsitzender, Meine Damen und Herren! Meine Versetzung in die Staatliche Plankommission der DDR Anfang 1952 aus dem Sachsenverlag in Dresden fiel in die Hoch- und Endzeit der Herrschaft Josef Stalins. Ich sollte ursprünglich dort das Drucksachen- und Formularwesen für die Planwirtschaft entwickeln, betreuen usw.; dazu ist es nicht gekommen, weil jenes Frühjahr 1952 von zwei wichtigen politischen Ereignissen geprägt war: Das eine war die Note Josef Stalins an die Westmächte mit dem Angebot einer möglichen Wiedervereinigung unter dem Aspekt der Neutralisierung Deutschlands, das zweite war der Beschluß, im Sommer 1952 die Zweite Parteikonferenz der SED abzuhalten, die dann den Übergang zum Sozialismus beschließen sollte.

Das erste Ereignis hat im Innenleben der Partei nach meiner Erinnerung überhaupt keine Rolle gespielt. Dies war eine Sache der Agitatoren und Propagandisten. Die große Idee des großen Stalin wurde auch in innerbetrieblichen Schulungen und bei sonstigen Gelegenheiten erwähnt.

In der praktischen Arbeit aber stand ganz und gar die Vorbereitung der 2. Parteikonferenz im Vordergrund, und dies war nach der ersten Umwandlung Mitteldeutschlands/der Sowjetzone hin zur DDR die zweite wirklich große Veränderung, weil sie der Schritt war, die DDR in ihrer Gesamtstruktur, Arbeitsweise und inneren Ordnung dem Sowjet-System stalinistischer Prägung völlig anzugleichen.

Ich habe in dieser Zeit die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) – später wurde daraus die Hohe Kommission; nach 1955 übernahm deren Aufgaben dann allein die sowjetische Botschaft, aber am Prinzip und an der Arbeitsweise hat sich nicht geändert –, also die sowjetischen Instanzen als Ausgangspunkt aller Initiativen für Veränderung und Entwicklung in der DDR erlebt.

Mein Chef, Bruno Leuschner, hatte seinen ständigen Partner in der SKK – Chomjakov hieß er damals –, Leiter der Wirtschaftsabteilung der SKK. Alle Initiativen brachte er in die Sitzungen der Staatlichen Plankommission

zunächst als seine eigenen Überlegungen ein; ihm seien da diese und jene Gedanken gekommen, und man müßte und könnte jetzt doch in dieser und jener Richtung einen Schritt weitergehen.

Nach diesem groben Anreißen des Problems ergingen dann die konkreten Aufträge an die einzelnen Ressortleiter, deren Aufgabe es war, zu den Mitarbeitern Chomjakows zu fahren, um dort die Details zu beraten, die wir dann praktisch nur in unsere Notizbücher schrieben und im Prinzip nach den entsprechenden Hinweisen – es hieß immer „Empfehlungen“ – wörtlich so in Beschlußvorlagen einfließen ließen.

Diese Empfehlungen, die die Staatliche Plankommission damals regelmäßig freitags – an diesem Tag fanden ihre Kollegiumssitzungen statt – beriet, wurden dann zu Beschlußvorlagen für das Politbüro ausgearbeitet. Das dauerte oft bis in die späten Abendstunden. Kopiergeräte hatten wir damals noch nicht; wir schrieben noch auf Matrizen. Mit dem Durchschlag fuhr ich in der Regel am späten Nachmittag oder noch am Abend entweder in das Büro oder in die Wohnung von Walter Ulbricht, der die Vorlagen überflog. Geringfügige, rein redaktionelle sprachliche Veränderungen spielten keine Rolle; hatte er zu einzelnen Punkten konkretere inhaltliche Einwände, telefonierte er mit Leuschner. Dann wurde dies entweder noch korrigiert und berücksichtigt, oder Leuschner konnte ihn überzeugen, warum das so sein mußte und warum die sowjetischen Freunde es so haben wollten.

Dann wurden die Matrizen am späten Abend – oder, wenn es die Nacht durchging, am frühen Morgen – in das Büro des Politbüros gebracht zu Otto Schön, abgezogen und kamen dann am frühen Nachmittag – um die Mittagszeit oder früh am Nachmittag – als Beschlußvorlagen für das Politbüro, das am kommenden Dienstag zusammentrat, zurück.

Meine Arbeitswoche begann also im Grunde eigentlich mit dem Samstagnachmittag. Da warteten wir die Materialien ab.

In den Politbürounterlagen befand sich nun eben nicht nur das, was die Wirtschaft anging; da gab es Vorlagen zu Ideologie, Bildung, Industrieentwicklung, Verteidigung, Außenpolitik, bis hin zu Vorlagen, die die Staatssicherheit, die Justiz – überhaupt die Sicherheitsbehörden – betrafen, mit Vorschlägen für Prozesse, wie sie abzulaufen hatten, auch schon Vorschläge für Strafen und dergleichen mehr.

Aber es war schon damals strenge Sitte der einzelnen Mitglieder des Politbüros und aller übrigen Ressortchefs, sich ganz konsequent auf die Probleme ihrer Ressorts zu konzentrieren. Dem Bruno Leuschner war es also höchst unangenehm, wenn ich in die Tasche griff und vielleicht einmal Sachen von Justiz und Staatssicherheit erwischte; das sollte weg, es gehe uns nichts an. Wir sahen die Unterlagen in der Richtung durch, was aus anderen Ressorts eingereicht war und eventuelle finanzielle, material-, arbeitskräftemäßige und andere derartige Konsequenzen haben könnte. Dazu

wurden entweder am Samstag oder über den Sonntag, spätestens aber am Montag früh die entsprechenden Experten zusammengeholt, so daß der Montag im großen und ganzen ein Tag war, an dem wir uns mit Stellungnahmen, Gegenstellungen usw. auf die Sitzung des Politbüros am kommenden Dienstag vorbereiteten.

Am Dienstag fand dann die Politbürositzung statt. Diese habe ich im großen und ganzen als eine Veranstaltung des Politbüros unter sich erlebt, das heißt, daß bei Rückfragen Experten hinzugezogen werden mußten. Es ist nur in ganz seltenen Fällen vorgekommen, daß ich selber mit anderen Experten ganz kurzfristig im Raume war, etwas vorgetragen oder nachgereicht habe. Wenn sich die Beratungen fortsetzten oder wenn es gar zu Beschlußfassungen gekommen ist, war in meiner Zeit – so habe ich es erlebt – das Politbüro konsequent unter sich – auch die engsten Mitarbeiter von Ulbricht und Grotewohl waren nicht dabei –, so daß ich nicht sagen kann: Ist dort überhaupt abgestimmt worden? Wie wurde das beschlossen? Dies fand im Allerheiligsten unter sich statt.

Die dann am Dienstag im Politbüro gefaßten Beschlüsse wurden am Mittwoch früh in kurzer Folge im Apparat der Plankommission – und in den anderen Ressorts geschah dies ähnlich – in Auftrag gegeben; das war vom Tisch. Für den Staatsapparat – speziell also die Staatliche Plankommission – hieß das, nun diese Dinge als Beschlußvorlagen für den Ministerrat oder das Präsidium des Ministerrates vorzubereiten, der am Donnerstag zusammentrat. Das war der nächste Sitzungstag.

Am Mittwoch-Nachmittag hatten Leuschner und die anderen Mitarbeiter ihre regelmäßigen Termine in der Sowjetischen Kontrollkommission. Dies war eine Zwischenstufe, die es ermöglichte – nachdem im Politbüro bestimmte Beschlüsse gefaßt worden waren und in den Staatsapparat zur Beschlußfassung als Verordnung, Anordnung etc. gehen sollten –, noch ein Veto einzulegen, Vorgänge anzuhalten, sie mit dem Einspruch der Sowjets noch einmal in das Politbüro zurückgehen oder sie eben so laufen zu lassen, weil sich höhere Instanzen in der Sowjetischen Kontrollkommission vielleicht durchgesetzt hatten und dies dann so absegneten.

Die wichtigeren Dinge wurden am Donnerstag erst am Nachmittag in der Sitzung des Präsidiums des Ministerrats behandelt, weil dieses Gremium kleiner war. Die Hauptsitzung des gesamten Ministerrates – zu meiner Zeit immerhin eine Veranstaltung, die schon Teilnahmestärken von 40 bis 60 Leuten erreichte und in der große intime Debatten nicht möglich waren – diente eigentlich der Absegnung der bereits vorgefertigten Materialien. Diese wurden dann in den Apparat gegeben.

Ein bißchen intensiver wurde am Nachmittag im Präsidium des Ministerrates diskutiert. Dort wurden die entsprechenden Verordnungen, Anordnungen oder Vorlagen, die zum Gesetz werden sollten und an die Volkskammer gingen,

behandelt. Solche Vorlagen umfaßten aber zur damaligen Zeit nur ganz wenige Dinge – Staatshaushaltsplan, Volkswirtschaftsplan usw.. Sie gingen auch nur in einer Akklamationsveranstaltung über die Bühne; das alles spielte keine Rolle. Das Wesentliche waren Verordnungen, Anordnungen und Aufträge an die Institutionen, und entscheidend dabei war, daß dies auch wieder die Ressorts getrennt für sich betrachteten und eigentlich jeder bestrebt war, nach Möglichkeit nichts Wesentliches über seine Ressortverantwortung hinaus überhaupt zu erfahren oder sich darum zu kümmern. Jeder begrenzte sich auf sein Aufgabengebiet.

Die relative Bedeutung des Ministerrates ging auch daraus hervor, daß Walter Ulbricht – obwohl zu dieser Zeit offiziell der ständige Vertreter des Ministerpräsidenten, also der einzige Erste Stellvertretende Ministerpräsident – seine Parteifunktion als Generalsekretär wichtiger nahm und Grotewohl bei Abwesenheit nur in ganz wenigen Ausnahmefällen bei repräsentativen Anlässen vertreten hat. Er leitete auch kaum Ministerratssitzungen, dort amtierten in der Regel vielmehr eher Heinrich Rau oder Willi Stoph, weil sein Gewicht als Parteisekretär größer war als das eines amtierenden Regierungschefs.

Auch die Unterrichtung von Grotewohl in dieser Zeit war nur eine Randinformation. Das Entscheidende war nach meinem Eindruck, daß die wichtigsten Informationen – nach einzelnen Ressorts – einzig und allein auf den Generalsekretär zuliefen. Er entschied, was wer erfahren und wer wozu hinzugezogen werden sollte. Dies betraf auch Otto Grotewohl, der damals ja noch Ministerpräsident war, und übrige Politbüromitglieder – und dies, wie gesagt, völlig gleichgültig, ob es sich um Funktionäre des Staates oder der Partei handelte. Dabei muß ich hinzufügen, daß in der damaligen Zeit – aber dies mag daran liegen, daß insbesondere Leuschner und Ulbricht auch ein ganz besonderes, weitreichendes persönliches Verhältnis hatten – die damaligen Wirtschaftssekretäre der Partei bei weitem nicht die Rolle spielten, wie es – das habe ich dann später erfahren – bei Günter Mittag gewesen ist, weder Franz Ulbrieg noch später Gerhart Ziller. Sie waren eigentlich diejenigen, die zu Leuschner kamen, und nicht etwa die, zu denen er hinging – ein ganz wichtiges Zeichen in dieser hierarchischen Ressortstruktur: Wer mußte zu wem kommen, oder wer sollte zu wem gehen? Dies waren immer ganz deutliche Hinweise für Hierarchien.

Die Unterscheidungen innerhalb des Ministerrates richteten sich nach Parteipräferenzen und auch nach Rang im Zentralkomitee. Das hieß: Unsere direkten Ansprechpartner waren zunächst die der SED angehörenden stellvertretenden Ministerpräsidenten oder Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates. Die Mitglieder aus den bürgerlichen Parteien waren geduldet, wurden umgangen, und da sie in der Regel einen Staatssekretär oder Stellvertreter aus der SED hatten, war der der Ansprechpartner. Konkretes Beispiel: Hans Loch war offiziell Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident; mit dem haben

wir überhaupt nichts zu tun gehabt. Das war von Anfang an Willy Rumpf, sein Staatssekretär, und nur er hatte die Übersicht über die Finanzwirtschaft.

In der nächsten Stufenfolge kamen die der SED angehörenden Minister und Staatssekretäre, während die der Blockparteien ebenfalls wieder eher Randfiguren waren, als daß sie in das Ganze einbezogen wurden.

Die Beschlüsse des Sommers 1952 auf der Zweiten Parteikonferenz der SED brachten dann die völlige Angleichung des damals noch aus heutiger Sicht verhältnismäßig leicht reformierbaren Systems der DDR – es bestanden noch die fünf Länder; wesentliche Teile der Wirtschaft, Verwaltung usw. waren den Ländern unterstellt und hätten folglich ebenfalls reformiert werden können – an die Ressortstruktur der UdSSR. Das hieß für die Staatliche Plankommission, daß die Grundaufgabengebiete – Wirtschaft, Finanzen, Arbeitskräfte, Materialversorgung usw. – nach dem System der sogenannten komplexen Leitung und Planung der Volkswirtschaft auf die Fachressortabteilungen aufgeteilt wurden – Maschinenbau, Leichtindustrie, Lebensmittel; wir haben ja über vierzig Abteilungen gehabt – und diese in sich dann wieder die sogenannten Querschnittsgebiete – Finanzen, Arbeitskräfte, Löhne usw. – vereinigten. Entsprechend wurde auch die Regierungsstruktur in der Zentrale weiter auseinandergetrieben. Das wiederum hatte zur Folge, daß die Leitung der Betriebe über Vereinigungen Volkseigener Betriebe – und dann später über die Schaffung der Kombinate, eigentlich ohne örtlichen, regionalen Unterbau – zu dieser zentralistischen Verwaltungswirtschaft geführt hat, wie wir sie noch am Ende haben feststellen können und wie sie schließlich auf dieser Basis untergegangen ist.

Ich fasse zusammen und muß sagen: Ich habe das System in dieser Zeit und an dieser Stelle eigentlich als ein dreigliedriges System erlebt. Das hieß: Als tragende Säule in der Mitte stand die SED als die Staatspartei dieses Gebildes – später auch nach der Verfassung –, in ihrem Zentralkomitee hier in diesem Hause in eine Vielzahl von Ressortstrukturabteilungen aufgegliedert, die in der zweiten Säule, dem Staatsapparat, ihre korrespondierenden Ministerien, Staatlichen Kommissionen, Staatskomitees und dergleichen hatten. Die dritte Säule schließlich – mein Begriff dafür war immer die „parlamentarisch-demokratische Attrappe“ – war die Volkskammer mit ihren Ausschüssen, Parteien, Massenorganisationen, Blockparteien. Die Partei als die zentrale Säule verwirklichte also einmal das Beschlossene über den Staatsapparat, majorisierte über ihren eigenen Apparat Parteisekretäre, örtliche Einrichtungen usw. zur Organisation sogenannten Massenbewegungen, Wettbewerbe, machte Parteisekretäre, Auszubildende in den Betrieben zu Motoren dieser Entwicklung, und sie ließ schließlich dieses ganze propagandistisch-organisatorisch über die Massenorganisationen und die übrigen Parteien begleiten und wurde damit zum Motor bis hinunter in die letzte Gemeinde und kleine Wohneinheit.

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren: Hierüber – das, was Hermann Weber vorgetragen hat, und natürlich viel mehr, als ich in dieser kurzen Zeit vortragen kann – habe ich, haben andere vor dreißig Jahren geschrieben, und es gibt über das, was wir bis zu diesem Zeitpunkt wußten, ein umfangreiches Schrifttum, das ich über Jahre – tätig im Gesamtdeutschen Institut in Bonn – auch noch selber mit begleitet und vertrieben habe, so daß ich eigentlich mit einem Appell enden möchte, der vielleicht von der Enquete-Kommission ausgehen könnte: Wir müssen, soviel ich weiß, nicht alles völlig neu entdecken. Ich halte es für wichtig, wenn von hier der Impuls ausginge, eine Menge von diesem Bekannten in erschwinglichen, preiswerten, vielleicht sogar vom Staat initiierten Sonderschriften unseren neuen Bundesbürgern zur Kenntnis zu bringen. Denn bei dem herrschenden Nichtwissen über so viele Details, über die wir ja nicht reden durften – gerade die Emigranten- und Flüchtlingsliteratur stand ja auf dem Index und gehörte zu der Literatur, die ihm am härtesten unterworfen war –, könnte man dadurch noch eine Menge an Informationen erst einmal vorgeben. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Schenk, auch für Ihren Hinweis auf den unterschiedlichen Wissensstand Ost/West, was Details und Interna der SED angeht.

Wir kommen zum dritten Zeitabschnitt, und zwar zu den sechziger und siebziger Jahren. Wir hören dazu Herrn Professor Seiffert aus Kiel. Danach haben die Mitglieder der Enquete-Kommission die Möglichkeit, alle drei Referenten zu befragen.

Bitte, Herr Professor Seiffert!

Prof. Dr. Wolfgang Seiffert: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die sechziger und siebziger Jahre, über die ich hier etwas sagen soll, sind angefüllt mit Ereignissen, die das Schicksal der DDR in sehr wichtigen Fragen und Entscheidungen betroffen haben, wie der Mauerbau 1961, das „Neue Ökonomische System“ – von etwa 1963 bis 1971 –, die Annahme der zweiten Verfassung der DDR 1968 und ihre Revision 1974, der Wechsel von Ulbricht zu Honecker 1971, der neue Freundschafts- und Beistandsvertrag der DDR mit der UdSSR 1975, der Abschluß des Grundlagenvertrages mit der Bundesrepublik Deutschland 1972, die neue Krise der DDR 1976 bis etwa 1979/1980.

Ich selbst habe in dieser Zeit zunächst an der Juristischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität, später als ordentlicher Professor für internationales Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung und Direktor des Instituts für ausländisches Recht und Rechtsvergleichung an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in Potsdam-Babelsberg gearbeitet, war Vizepräsident der Gesellschaft für Völkerrecht der DDR und habe in der „Rechtsberatung“ – wie es offiziell hieß, aber vielleicht in besserer deutscher